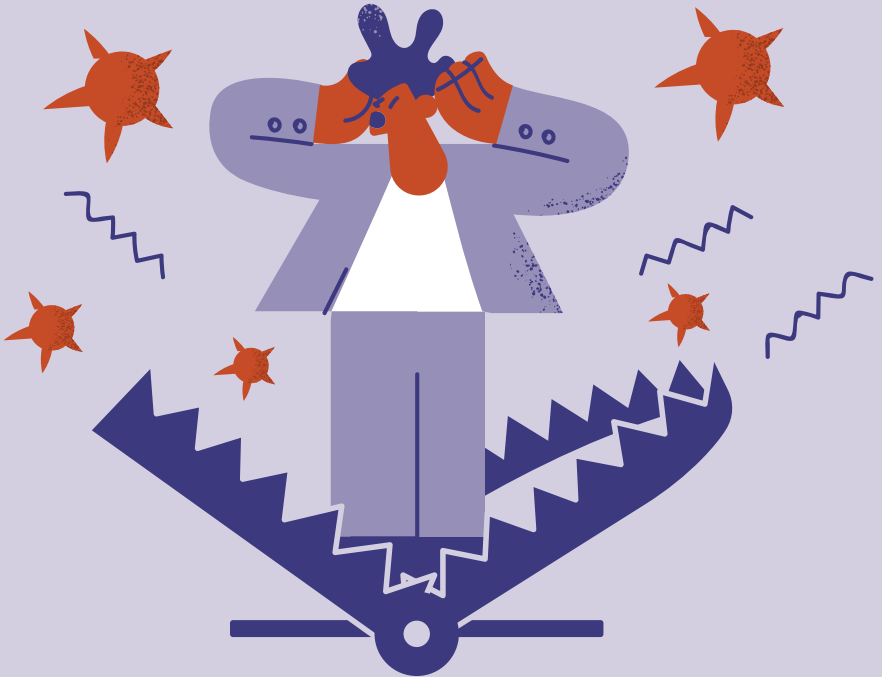


Corona: Katastrophe mit Ansage



FÜR FRIEDEN & SOZIALISMUS!

HERAUSGEBER:

**DKP SÜDPFALZ
SDAJ LANDAU**



Die Corona-Krise ist eigentlich eine globale ökonomische und ökologische Krise, welche nur im Kontext mit der Klimaveränderung zu verstehen und zu erklären ist. Das Coronavirus entwickelte sich aus einer Zoonose, das ist eine Übertragung von Tier auf Mensch und dann von Mensch auf Mensch. Zoonose gibt es schon, seit es Menschen und Tiere gibt. Aber seit den 1980er Jahren entfaltet sich eine starke Dynamik bei den Infektionen, welche im Zusammenhang mit Zoonosen registriert wurden. 1997 wurde der Öffentlichkeit die Vogelgrippe (H5N1) bewusst, im Winter 2002/03 erblickte SARS das Licht der modernen Welt, 2009 die Schweinegrippe, 2012 MERS, ebenfalls ausgelöst durch Coronaviren. All das entstand aus einer Zoonose. Die Vogelgrippe (Influenza A) durch Geflügelhaltung, die spanische Grippe entstand in den USA durch eine Ente, Corona durch die Übertragung von Fledermäuse auf „Nutztiere“ wie z. B. Wildtiere.

Als im Jan. 2020 Covid-19, die Krankheit, die durch das Coronavirus SARS-CoV-2 ausgelöst wird, Europa erreichte, war das das zweite schwere akute Atemwegssyndrom (SARS) seit 2002. 2002/03 erblickte SARS nicht nur in Hongkong und Singapur das Licht der Großstädte, sondern auch in Toronto. Es konnte damals mit viel Glück und hohem Engagement von Ärzten, Pflegern sowie den damaligen Verantwortlichen begrenzt werden und daher sich nur bedingt verbreiten. Die WHO erkannte das Pandemiepotential dieses Virus und informierte die breite Öffentlichkeit. Regierungen und Industrie nahmen die Warnung zur Kenntnis, installierten eine Forschungsgruppe mit dem Ergebnis: schön, dass wir darüber geredet haben.

2012 nahm sich das RKI in einer Studie des SARS-Virus an und untersuchte die Wahrscheinlichkeit einer Pandemie und ihre sozialen und ökonomischen

Folgen. Der Bericht gab Entwarnung, da eine Pandemie höchstens alle 100 bis 1000 Jahre auftreten würde. 2020 war dann diese Pandemie da.

Profitinteressen sind nicht nur bei Corona das Leitmotiv von Industrie und Regierung. Auch bei anderen Influenzen, wie z. B. H5N1 (Influenza A), ist selbiges das Motto von Regierung und Industrie. Influenza A entsteht bei Massentierhaltungen von Geflügel. Diese Infektion hangelt sich an gesamtem Wertschöpfungsprozess und -kette entlang. Die jährliche Schlachtung und Bearbeitung von Geflügel nahm von 1960/12 Mio. zu 1990/62 Mio. bis zum Jahr 2018 auf 125 Mio. Tiere zu. Massentierhaltung bedeutet extremen Stress für die Tiere und ein Paradies für Viren, da diese Tiere keine ausreichenden Abwehrmechanismen mehr haben. Massentierhaltung ist ertragreich, das heisst hoch profitabel, jedoch für die Tiere ein Desaster. Für uns Menschen ist diese Art der Tierhaltung gesundheitlich und ökologisch ein Verhängnis. Für die Industrie alles kein Problem. Mit der Presse und der Kulturindustrie wurde ein entpolisierter Konsument geschaffen. Corona ist letztlich auch nur im Kontext mit der Zoonose, dem Klimawandel und der kapitalistischen Wertungsmaschinerie zu verstehen. Es ist aber nicht nur die Massentierhaltung, die der Natur zu schaffen macht, auch der Landhunger des Agrobusiness mit seinen Monokulturen erzeugt immer größere Probleme. Die kapitalistische Landwirtschaft kommt an ihre Grenzen, aber im Kapitalismus darf es keine Grenzen geben, und daher ist es an der Zeit, dass wir eine Grenze ziehen. Wir sollten uns fragen, ob wir uns diese Reichen noch leisten können. Ist Kapitalismus überhaupt noch zeitgemäß? Oder etwas konkreter formuliert – ist diese zerstörerische Produktionsweise der bürgerlichen Gesellschaft noch adäquat für uns?

„Ökonomisierungszwang im Gesundheitswesen ist völlig falsch.“

Peter Niemand* arbeitet als Notfallmediziner bei einem freien Träger und erlebt täglich, was es heißt, in einem profitorientierten Gesundheitswesen zu arbeiten. Wir haben ihn zu seinen Arbeitsbedingungen und zu den Perspektiven befragt.

Wie hat sich Ihre Arbeit unter Corona-Bedingungen verändert?

Zunächst bestand auf medizinischer Ebene längere Zeit eine gewisse Unsicherheit, wie PatientInnen und ihren Angehörigen zu begegnen ist. Atemnot ist nunmal eins der häufigsten Symptome im Notarzteinsatz. Die schnelle Einschätzung und Abgrenzung zwischen einem COVID19-Verdacht oder einer anderen eventuell schnell in einem Zentrum für akute Herzerkrankungen zu behandelnden Erkrankung ist nicht immer einfach. Eventuell wird wertvolle Zeit verloren, wenn man sich auf einen COVID-19-Verdachtsfall festlegt, da dann mehr Schutzausrüstung notwendig ist und in der Klinik ganz andere Aufnahmeprozesse ablaufen. Insgesamt bedarf die Vor- und Nachbereitung eines jeden COVID19-Verdachtsfalls deutlich mehr zeitlichen und materiellen Aufwand, und auf dem Höhepunkt der zweiten Welle geriet ich ein paar Mal in die Situation, mehrere in Bezug auf Isobetten ausgelastete Krankenhäuser abtelefonieren zu müssen, bevor einem zähneknirschend ein Bett angeboten wurde.

Der Bundesgesundheitsminister erklärt immer wieder, dass sich das Gesundheitswesen am Rande der Leistungsfähigkeit befindet. Gibt es in Ihrem Bereich mehr Personal oder eine bessere Ausstattung? Gerade zu Beginn der Pandemie herrschte ein deutlicher Mangel an Schutzausrüstung. Ich kann mich an Dienste erinnern, in denen die Anzahl der zur Verfügung stehenden Atemschutzmasken begrenzt war und man angehalten war, ein und dieselbe Maske für mehrere Einsätze zu verwenden, sofern kein harter COVID19-Verdacht bestand. Das hat sich in den letzten Monaten erst verbessert. In Bezug auf Personal herrschte in meinem ländlichen Einsatzgebiet bereits vor der Pandemie eine angespannte Situation. Ohne HonorarärztInnen, die gegen finanzielle Anreize vorübergehend Lücken im Schichtplan füllen, wäre der Notarztstandort nicht mehr am Laufen zu halten. Das ist der Qualität und der Motivation unter dem fest angestellten Rettungsdienstpersonal nicht zuträglich. Das Einsatzfahrzeug musste auch immer mal wieder abgemeldet werden auf Grund von Mangel an NotärztInnen. Der Pool an NotärztInnen ist durch die Pandemie nochmal reduziert worden, da ältere KollegInnen sich aus Sorge vor

*Name geändert

einer SARS-CoV2-Infektion raus gehalten haben, bzw. Ärztinnen zu sehr in den Kliniken eingebunden waren, in denen sie hauptamtlich arbeiten, denn notärztliche Dienste machen die meisten „zusätzlich“ zu ihrem eigentlichen Job im Krankenhaus.

Wo sehen Sie die Ursachen für Ihre aktuelle Situation?

Im Gesundheitswesen wird viel mit emotionalem und Gewissensdruck gearbeitet, und ich sage nicht einfach „Nein, ich nehme den Notarzt-Funk heute nicht, ich hatte ihn schon 3 Nächte in den letzten 2 Wochen und außerdem morgen Nachtdienst im Krankenhaus“, wenn ich weiß, dass es sonst niemanden gibt, abgemeldet werden müsste und der Kollege vor mir den Funk schon seit 36 h an sich hat. Dann nehme ich ihn und hoffe auf wenige Einsätze und denke, dass auch das vorbei geht. Und so funktioniert das System schon seit langem. Irgendwie haut es immer noch hin und irgendwer fühlt sich dann doch wieder moralisch verpflichtet, da es nun mal um Menschenleben geht. Das ist vollkommen pervers. Eine regelmäßig validierte Ausweitung der Kompetenzen des nicht-ärztlichen Rettungsdienst-

personals könnte der angespannten Lage eventuell etwas entgegen wirken. Das würde aber bedeuten, dass mehr Mittel in Ausbildung, regelmäßige Weiterbildungen und Training gesteckt werden müssten.

Was muss sich ändern?

Der Ökonomisierungszwang im Gesundheitswesen ist völlig falsch. Gesundheit und Krankheit sind einfach keine Ware, mit der Gewinne erzielt werden können oder dürfen. Auf allen politischen Ebenen muss erkannt werden, dass alle Einrichtungen des Gesundheitswesens in die öffentliche Hand gehören und bedarfsgerecht bedingungslos zu finanzieren sind. Zudem hat die Pandemie gezeigt, dass eine personell sowie materiell dezentrale Bevorratung von Kapazitäten nicht nur alle Beschäftigten entlastet, die Berufe attraktiver macht und erst dann ausreichend Spielraum für Entwicklung von Qualität entsteht, sondern auch mögliche Katastrophen entspannter auffängt. Das Geld dafür ist vorhanden, wenn man sich die unglaublich unverhältnismäßige Verteilung von Reichtum in diesem Land anschaut.



uz unsere zeit

SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DKP

Die UZ ergreift Partei für die demokratischen und sozialen Rechte, gegen Kriegstreiberei und Rechtsentwicklung. Sie ist ein Instrument, um das gegenwärtige Herrschaftssystem, den Imperialismus, zu begreifen und Strategien der Gegenwehr zu entwickeln. Sie informiert über die Diskussionsprozesse in den Gewerkschaften, in demokratischen Bündnissen und in der linken Bewegung. Sie kämpft gegen Militarismus, für Frieden und Abrüstung.

UZ kennenlernen, 6 Wochen KOSTENLOS zur Probe lesen. Abo-Formular auf unsere-zeit.de/abo

Tag der Befreiung in Landau



Am 8. Mai 2021 veranstalteten wir, die DKP Landau/Südpfalz, zusammen mit lokalen Bündnispartnern eine Kundgebung aus Anlass des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus auf dem Landauer Bahnhofsvorplatz. Die geplante Demo vom Hauptbahnhof zum Friedhof mit anschließender Blumen niederlegung am Gedenkstein der sowjetischen Kriegsoffer wurde mit Verweis auf die aktuelle Corona-Lage sowie einer später stattfindenden Querdenker-Veranstaltung kurzfristig verboten. Trotz erschwelter Mobilisierung beteiligten sich an der Kundgebung über 100 Menschen. Mit unserem Redebeitrag spannten wir den Bogen von „Nie wieder Faschismus“ hin zu „Nie wieder Krieg“ und thematisierten Aufrüstung und Militarisierung sowie Hetze gegen Russland und die Volksrepublik China. Nachzulesen auf unserer Webseite. Einen Tag später, am 9. Mai 2021, gedachten wir mit Freund*innen aus der Antifa und Linkspartei der sowjetischen Kriegsoffer am Gedenkstein und legten Blumen nieder.

NICHT ZU VERGESSEN

05. JULI 1857
* **CLARA ZETKIN**

Sozialistisch-kommunistische deutsche Politikerin

08. JULI 1867
* **KÄTHE KOLLWITZ**

„Denn ohne Kampf ist kein Leben“ dt. Grafikerin, Malerin

14. JULI 1789
* **FRANZÖSISCHE REVOLUTION**

Einer der folgenreichsten Ereignissen der neuzeitlichen europäischen Geschichte

IMPRESSUM

Herausgeber DKP Südpfalz
V.i.s.d.P.: Manfred Brede
Impressum: dkp-rlp.de/kontakt/
Auflage: 4.000
Bildnachweis: S01 + S06 freepik
@drynvalo; S08 Nick Jaussi,
CC BY-NC-SA 2.0

DKP



dkp-rlp.de/landau



dkp_landau@riseup.net



facebook.com/DKP.Landau



twitter.com/DKP_Landau

SDAJ



sdaj.org



sdaj_landau



twitter.com/LandauSdaj

Corona

S 02

Jugend

S 06

Gesundheitswesen

S 03

Katastrophe mit Ansage

Schulstreiks

Interview mit einem Notfallmediziner

Dieses System macht uns krank!



FÜR FRIEDEN & SOZIALISMUS!

HERAUSGEBER:

**SDAJ LANDAU
DKP SÜDPFALZ**





Leistungsdruck in der Schule, der Ausbildung und auf der Arbeit, eingeschränkte Freizeit durch kaputtgesparte Jugendeinrichtungen und kommerzielle Kultur, ein Gesundheitssystem, das an Profiten statt an der Gesundheit der Betroffenen ausgerichtet ist – all das ist Alltag im Kapitalismus. Das „Krisenmanagement“ der Bundesregierung angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise und der Pandemie verstärkt diese Entwicklungen allerdings enorm.

Um unseren Unmut auszudrücken und zu zeigen, dass wir das nicht einfach so hinnehmen, hat sich die SDAJ für den Frühsommer bundesweit die Kampagne „Dieses System macht uns krank“ vorgenommen.

In Landau wollen wir dazu mit den Schülerinnen und Schülern an unserer Schwerpunktschule darauf aufmerksam machen, dass im vergangenen Jahr der Leistungsdruck stark gestiegen ist, während alle Möglichkeiten zum Ausgleich in der Freizeit gestrichen wurden.

Es kann nicht sein, dass an unsere Eigenverantwortung bei der Pandemiebekämpfung appelliert wird und wir mit all den Lerninhalten nahezu alleingelassen werden. Das dient nur dazu, uns darauf vorzubereiten, dass wir als lernende und arbeitende Jugend die Krisenkosten tragen sollen, während die Bundesregierung den großen Konzernen ein rettendes Finanzpaket nach dem anderen schnürt! **Gemeinsam wollen wir uns dagegen wehren!**



POSITION BEZIEHEN!

Die POSITION ist unser Magazin: Von Jugendlichen für Jugendliche. Unsere Mitglieder schreiben, gestalten, verkaufen dieses Magazin. Unser Ziel: Der Arbeiterjugend eine Stimme geben.

ICH WILL EIN ABO! Kein Problem, lade dir einfach das POSITIONs-Abo-Formular herunter: sdaj.org/position

Schulstreiks – nur ein erster Anfang



Bildungsstreik-Demo in Berlin am 17. November 2011

Noch kurz bevor die Coronapandemie Europa fest im Griff hatte, lag der Fokus des öffentlichen Diskurses auf einem Thema, von dem seitdem nur wenig zu hören war. Ich spreche natürlich vom Umwelt- und Klimaschutz. Gerade die „Schulstreiks“, die beispielsweise am 15. März 2019 fast 1,8 Mio. Menschen auf die Straße gezogen haben, waren prägend für diese Diskussion. Wir müssen jedoch der Realität ins Auge schauen: Geändert hat sich nicht viel. Selbstverständlich wurden junge Menschen für politische Arbeit gewonnen, Personen zu individuellen Maßnahmen wie Verzicht auf Fleisch, Flüge oder Einwegplastik bewegt oder für die Arbeit in den zum Thema arbeitenden Organisationen begeistert. Von Seiten der Regierung gab es jedoch ausschließlich leere Versprechungen, herablassende Kommentare auf dem Niveau von „Ihr seid Kinder, ihr habt in der Politik nichts zu suchen“ oder völlig falsche Zeichen

wie den Weiterbau der A49 auf Kosten eines völlig gesunden Mischwaldes. Das grundlegende Problem ist simpel: Die Interessen von Jugendlichen interessieren keinen, die des klimaschädlichen Großkapitals hingegen sind von zentraler Bedeutung für die Bundesregierung. Selbst ein „Schulstreik“, also die einzige Maßnahme, die den völlig verzweifelten Jugendlichen offen steht, um noch irgendwie zu versuchen, eine politische Reaktion zu erzwingen, wurde wiederholt ignoriert. Leider war dies zu erwarten, denn der Unterschied zwischen einem betrieblichen Streik bei VW, BMW und Co. zu einem „Schulstreik“ liegt vor allem darin, dass ein betrieblicher Streik die Besitzer enorme Summen pro Tag kostet. Ein „Schulstreik“ hingegen hat keine echten Konsequenzen für Kapital und Politik, ihm fehlt also der eigentliche Charakter eines Streiks, und er kann konsequenzlos ignoriert werden.